

Stadtrat rettet Mieter vor Wasserausfall

Bedroht waren mehr als 1000 Bewohner der Siedlung Hafensplatz

Patrick Goldstein

Kreuzberg. Die Zukunft der Großsiedlung in der Straße Hafensplatz in Kreuzberg ist seit Jahren ungewiss. Die Gebäude verfallen, Verwaltungen wechseln, über Abriss oder Umbau wird gestritten, Mieter sehen sich schutzlos. Nun drohte ihnen besonderer Ärger: ein Wasserstopp. Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) erklärte dazu: „Das Bezirksamt sieht mit Empörung und Erschrecken auf diese Geschäftspraxis der Eigentümergesellschaften.“ Der Fall sei „einzigartig“ und von „enormer Dimension“. Laut Bezirk waren Wasserrechnungen der Eigentümergesellschaften über längere Zeiträume nicht mehr gezahlt worden. Die Wasserbetriebe hatten Ausstände im oberen sechsstelligen Bereich, was man dem Bezirksamt mitteilte. In Konsequenz stand die Sperrung der Wasserversorgung im Block bevor. Mehr als 1000 Bewohner wären davon betroffen gewesen.

Damit wäre die Siedlung auf einen Schlag unbewohnbar gewesen. Nicht zuletzt für die dort lebenden rund 600 Geflüchteten hätte die Stadt neue Unterkünfte finden müssen. Schmidt veranlasste daher nach Absprache mit dem Rechtsamt, dass der Bezirk den Wasserbetrieben ab November die fälligen Abschlagszahlungen überweist.

Es handele sich beim Vorgehen der Eigentümergesellschaften möglicherweise um einen Versuch, die Bewohner aus dem Gebäude zu drängen, heißt es im Bezirksamt. Denn die Mieter seien ihren Verpflichtungen nachgekommen und hätten die Wasserabschlagszahlungen an die Eigentümergesellschaften geleistet. Offenbar aber verwendeten diese das Geld nicht mehr dazu, die Wasserversorgung zu bezahlen, so der Bezirk. Schmidt erklärte, das Bezirksamt werde versuchen, die Bewohner „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor Verdrängung und solchen Entmietungsstrategien zu schützen“.



Bezirksstadtrat Florian Schmidt (Grüne). SERGEI GLANZE

Philipp Siebert

Kreuzberg. Soziale Durchmischung sei zwar in der Theorie eine gute Idee, um unterschiedliche Schichten der Gesellschaft zusammenzubringen, findet Julia. „Aber wer es sich leisten kann, zieht einfach weg.“ Seit vier Jahren lebt die 31-jährige am Mehringplatz in Kreuzberg. Das südliche Ende der Friedrichstraße ist schon länger ein sozialer Brennpunkt. Die Lage hat sich in den vergangenen Jahren offensichtlich noch mal deutlich verschärft. „Man hat richtig Angst“, sagt Julia, die ihren wahren Namen nicht veröffentlicht sehen will.

„Unser Kiez kippt“, hieß es im vergangenen Jahr auch in einem offenen Brief des Quartiersbeirats an den Berliner Senat. Von einer „Abwärtsspirale“ war die Rede. Gewalt, offener Drogenkonsum und Verwahrlosung nähmen zu. Auch Julia würde gern woanders wohnen, kann es sich aber – wie viele andere – auf dem derzeitigen Mietmarkt der Hauptstadt nicht leisten. Stattdessen meidet sie bestimmte Bereiche, vor allem im Gebäude-Halbrund um den Mehringplatz und den U-Bahnhof Hallesches Tor, und verlässt die Wohnung im Dunkeln nach Möglichkeit nicht mehr.

Anwohnerin wird nachts durch Schüsse geweckt

Dabei fing alles so gut an. „Der Tag der ersten Wohnungsbesichtigung war einer der ersten sonnigen Tage im Mai“, erinnert sich Julia. „Die Wohnung war vollständig leer und lichtdurchflutet und ich dachte nur: Ja, das ist meine Wohnung!“ Ein paar Tage später kam tatsächlich die Zusage vom Vermieter. „Mein damaliger Partner und ich waren so froh, dass uns überhaupt nicht aufgefallen ist, dass etwas nicht in Ordnung sein könnte.“

Diese Erkenntnis schlich sich bei Julia erst nach und nach ein. Im März 2023 sei sie nachts um zwei Uhr erstmals von Schüssen aufgewacht. Großeinsätze der Polizei hat sie seitdem mehrfach erlebt.

„Es waren immer wieder einzelne Dinge, die nach und nach die Angst größer gemacht haben“, sagt Julia. Vor allem, seit sie nach der Trennung von ihrem Partner vor knapp zwei Jahren allein lebt. Zuletzt seien ihre offensichtlich drogenabhängigen Nachbarn zunehmend auffälliger geworden. Im Frühjahr sei sie von einem Handwerker auf die Spuren eines Einbruchversuchs an ihrer Wohnungstür aufmerksam gemacht worden. Er habe sie gewarnt, wie leicht sie mit etwas Gewalt von außen zu öffnen sei.

„Die Haustür wird schon regelmäßig aufgebrochen“, sagt Julia. Wer dafür verantwortlich ist, weiß sie zwar nicht, vermutet jedoch, dass es auch mit der Überbelegung man-



Auf den ersten Blick ist der Mehringplatz in Kreuzberg ein gemütlicher Ort. Doch die Verwahrlosung nimmt zu.

MAURIZIO GAMBARINI/FFS

„Die Ratten sind größer als Katzen“

Mehringplatz: Julia lebt in dem Kreuzberger Brennpunkt und schildert die Zustände im Kiez

cher Wohnungen zu tun hat. Es gebe mindestens einen Mieter, der nicht in seiner Wohnung lebt und sie Dritten überlasse. „Es gibt nicht genug Schlüsseln für alle dort.“ Auch Drogenabhängige würden dadurch in die Häuser kommen. Aber es gebe auch Nachbarn, die sich im Rausch unangenehm aufführten.

Wie an vielen Orten Berlins sind Drogen auch rund um den Mehringplatz ein zunehmendes Problem. Der rot-schwarze Senat setzt bereits länger auf eine Politik der Repression, Kontrolle und Verdrängung. Die Hotspots bleiben zwar nach wie vor das Kottbusser Tor und der (demnächst eingezäunte) Görlitzer Park sowie dessen Nebenstraßen. Die Szene ist jedoch flexibel und wickelt sich zunehmend nach Westen an den Mehringdamm und die Gneisenaustraße sowie das Hallesche Tor aus.

„Die Drogensüchtigen sind für mich aber kein Problem“, sagt Julia. „Sie haben meist nur unter sich Stress und sprechen Dritte nur an, wenn sie Geld brauchen.“ Dass sie so etwas in Kreuzberg zu erwarten habe, sei ihr ohnehin bewusst gewesen, bevor sie herzog. „Es gibt ja genügend Berichte und Dokumentationen, vor allem über den Kotti.“ Das Verhalten vieler Anwohnerin-

nen und Anwohner des Mehringplatzes sei viel problematischer.

Dass Menschen oder Familien miteinander in Streit geraten, kommt vor. Seltener ist jedoch, dass diese Streits mit Schusswaffen ausgetragen werden. Am Mehringplatz kommt das jedoch vor – zuletzt Anfang Mai. Auch Massenschlägereien gibt es immer wieder. Schätzungen zufolge leben rund 5400 Menschen im Sanierungsgebiet südliche Friedrichstadt. Fast 70 Prozent haben einen Migrationshintergrund, viele sind arm und leben von Transferleistungen, der Anteil der alten und der jungen Menschen dort ist für Berlin überproportional hoch.

Besonders unangenehm bis angst-einflößend seien die Gruppen überwiegend männlicher Jugendlicher, die immer wieder im Kiez rumhängen, pöbeln, stressen und Menschen beschimpfen würden. „Sie hacken E-Scooter, fahren damit herum und halten sich für die Könige der Straße“, sagt Julia. Wer sich beschwert, werde beschimpft oder bedroht. Elterliche Kontrolle scheint es nicht zu geben. Wenn sie diese Gruppen sehe, nehme sie meist Umwege, um nicht in deren Fokus zu geraten.

Einmal, sie sei gerade aus dem U-Bahnhof gekommen, hätten ihr zwei Jungs gezielt einen Böller di-

rekt vor die Füße geworfen, sodass sie zur Seite springen musste. „Die waren höchstens zehn Jahre alt“, sagt Julia. „Wenn man sich in dem Alter schon daran gewöhnt, so etwas machen zu dürfen – wohin führt das?“

Eine Antwort auf diese Frage könnte sich in den Zahlen der Berliner Polizei wiederfinden. Die steigen bei der Jugendgewalt in Berlin seit Jahren an, auch am Mehringplatz. Dort war jeder zehnte Tatverdächtige im vergangenen Jahr jugendlicher (14–18 Jahre) oder heranwachsender (18–21 Jahre). Drei Jahre zuvor war es nicht einmal jeder Zwanzigste.

Julia ist nach dem Böllerwurf zur Polizei gegangen. Der Abschnitt 53, der auch für den Kotti und den Görlitzer Park zuständig ist, liegt nur wenige Meter nördlich des Mehringplatzes an der Friedrichstraße. Die Beamten dort hätten gesagt, dass sie da nichts machen könnten und man sich aufgrund mangelnder Kapazitäten auch nicht darauf verlassen könne, dass sie schnell kommen. Davon, die Kinder und Jugendlichen anzusprechen, sei ihr jedoch abgeraten worden. „Ignorieren und weiterlaufen“, habe ihr ein Beamter geraten. „Das hat mich bei allem am meisten erschreckt“, sagt Julia.

Die junge Frau erzählt von Nachbarn, die bedrängt und bedroht worden seien, nachdem sie sich bei der Hausverwaltung über die Wohnungsbordelle im Aufgang beschwert hätten. Von fremden Männern, die nachts im Hausflur auftauchen – und vom vielen Müll. Neben der Kriminalität sei „auch die Mentalität vieler Bewohner ein Problem“, sagt Julia und zeigt Fotos von Bergen von Unrat, Tüten und alten Möbeln im Flur. „Die waren auch schon mal zwei Meter hoch und drei oder vier breit.“

Nur wenn der Brandschutz akut gefährdet ist, beauftrage die Hausverwaltung Sonderentsorgungen. Die Kosten dafür wiederum würden auf alle Mietparteien umgelegt. Während Julia das aus eigener Tasche zahlt, müssten die meisten anderen lediglich eine Erhöhung der Nebenkosten beim Jobcenter angeben. Hinzu komme ein zunehmendes Hygieneproblem. „Ich glaube, die Ratten sind größer als eine Katze“, sagt Julia. „Und sie quieken die ganze Nacht.“

Julia wünscht sich mehr Polizeipräsenz und plädiert für Überwachungskameras. Die Lage gerate zunehmend außer Kontrolle. „Das nimmt man vielleicht nicht wahr, wenn man hier nicht wohnen muss.“

Anton Wilhelm Amo: Diskussion um Straßennamen geht weiter

Die Umbenennung der Mohrenstraße in Mitte sorgt für Kontroversen. Ethnologin der Humboldt Universität äußert sich zu neuen Vorwürfen

Iris May

Berlin. Regina Römhild, Professorin für Europäische Ethnologie an der Humboldt Universität, nimmt Stellung zu neuen Quellen, die Historiker Michael Zeuske über Anton Wilhelm Amo untersucht hat. Sklavereiforscher Zeuske hegt Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Umbenennung der Mohrenstraße in Mitte vom 23. August. Seine Begründung: Amo soll selbst am Sklavenhandel beteiligt gewesen sein. Er beruft sich auf Dokumente aus den Jahren 1706 und 1746.

Regina Römhild ist auch Mitglied des Amo Kollektivs, leitet jedoch etwas ganz anderes aus den neuen

Quellenfunden ab. Sie sagt: „Es ist jetzt Zeit, aus der Geschichte, die uns Anton Wilhelm Amo erzählen kann, für unsere Gegenwart und Zukunft zu lernen.“

Die Professorin, die sich so intensiv wie kaum jemand anderes mit der Person befasst hat, hält die Umbenennung nach dem Philosophen dennoch für passend.

Gegenüber der Morgenpost erläutert sie ihren Standpunkt. Die neuen Quellen würden Anton Wilhelm Amo zu „einer umso schillernderen historischen Figur in der europäisch-afrikanischen Verflechtungsgeschichte“ machen, so Römhild. Wörtlich sagte sie: „Wenn sich die Interpretationen, die Zeuske aus sei-

nem Quellenfund ableitet, als belastbar erweisen sollten – was sicher noch einige wissenschaftliche Auseinandersetzungen erfordert –, würde das bedeuten, dass Amo nicht als versklavtes Kind nach Preußen kam, sondern als einzigartig privilegierter achtjähriger Mensch afrikanischer Herkunft, der besonderen Schutz und Förderung genoss, um später eine wissenschaftliche Ausbildung absolvieren und eine akademische Karriere im damaligen Ostdeutschland realisieren zu können. Bislang ist kein anderer Fall dieser Art bekannt.“

Es ist bislang nicht vollständig geklärt, ob Anton Wilhelm Amo einer in den Versklavungshandel des 18.



Collage über Anton Wilhelm Amo im Institut für Europäische Ethnologie. IRIS MAY

Jahrhunderts aktiv verstrickten Familie entstammte, die ihn, so vermutet, mit Bildungsabsichten nach Europa schickte. „Wenn es denn so wäre“, so Römhild, „dann spricht all das nur umso mehr dafür, dass Anton Wilhelm Amo als neuer Na-

mensgeber für die M*straße in Berlin-Mitte ausgewählt wurde.“ Warum? Amo steht für Römhild „wie kein anderer für die vielen Ambivalenzen und Widersprüche, die das Zeitalter des 18. Jahrhunderts im Vorfeld des institutionalisierten Kolonialismus und Rassismus hervorbrachte“.

Anton Wilhelm Amos Biographie zeige auch ohne die neuen Quellenfunde, dass er „durch die aufklärerisch-liberalen Auffassungen seines Gönners Herzog Anton-Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, an dessen Hof er lebte, und dessen Sohn August Wilhelm Privilegien erhielt, die sonst praktisch allen Menschen afrikanischer Herkunft in Europa

und den Kolonien der Amerikas vorbehalten waren.“ Die Verfügung, dass Straßen nicht nach Personen benannt werden dürfen, die mit dem Kolonialismus in Zusammenhang stehen, lasse sich „nicht gegen ihn als dezidierten zeitgenössischen Kritiker dieser Verhältnisse richten, wenn man den Sinn der Verfügung nicht komplett verzerren will“.

Weiterführende Informationen gibt es auch der Website des Amo Kollektivs: <https://amo-collective.org/> Der Audio Walk des Dekolonialen Flanierens 2022 steht kostenlos zum Download bereit: <https://nachbarschaftsinitiativeamostrasse.wordpress.com/medienproduktion/>